



VENEZUELA

"Atrevete" - trau dich doch!

Noch vor drei Monaten schien die Wiederwahl von Hugo Chávez klar: Alle Meinungsumfragen sahen ihn weit vor seinem Gegenkandidaten Manuel Rosales. Dass und wie dieser dann aufholte, ist das eigentlich Bemerkenswerte am Kampf um das Präsidentenamt.

Von Hildegard Stausberg

Caracas - Der Verkehr auf der Stadtautobahn vor dem Hotel ist chaotisch, die Lärmbelästigung unerträglich. Als die spanische Kette es Mitte der neunziger Jahre hier baute, war die Gegend um die Straße Sabana Grande ein elegantes Einkaufsparadies. Nun ist sie in den Händen von ambulanten Händlern, den „Buhoneros“, die mit kleinen und großen Verkaufsständen ein Durchkommen fast unmöglich machen. Vor einem abendlichen Stadtbummel wird allenthalben heftig gewarnt – auch am Tag geht man besser in Begleitung: Caracas ist längst eine der unsichersten Hauptstädte Lateinamerikas. Im Hotel fühlt man sich dann zwar sicher, aber gleichzeitig auch wie ein Gefangener.

Überall sieht man Gäste mit bunten Carnets und Ausweisschildern um den Hals oder am Revers. Mal sind es Mitarbeiter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), mal der Europäischen Union. Brüssel hat insgesamt 130 Wahlbeobachter geschickt, die die Präsidentschaftswahlen am Wochenende verfolgen sollen. Bei ihnen will sich Hugo Chávez wieder wählen lassen, um dann in Venezuela seinen Traum vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu verwirklichen.

Chávez: „Der Kapitalismus ist der direkte Weg zur Hölle“

Im letzten offiziellen Interview vor den Wahlen mit vier ihm wohl bekannten Journalisten, die nur als seine Stichwortgeber fungieren, erläutert er im staatlichen Fernsehkanal VT seine Pläne: „Der Kapitalismus ist der direkte Weg zur Hölle: er zerstört nicht nur die Gesellschaft, sondern die ganze Menschheit. Deshalb wollen wir einen auf den indianischen Traditionen Indoamerikas basierenden Sozialismus aufbauen, ein Modell, bei dem das Wohl des Einzelnen im Vordergrund steht“.

Mit dieser Umgestaltung will Chávez am 4. Dezember, dem Tag nach den Wahlen, beginnen: „Ich werde wieder gewählt und werde dem venezolanischen Volk sofort eine Verfassungsreform vorschlagen, denn wir brauchen eine Staatsform, die eine Revolution fördert“. Und dann warnt er die Fernsehkanäle der Opposition am Wahlsonntag Exitpolls zu veröffentlichen: „Wer das macht, wird sofort geschlossen“.

Opposition kämpft gegen Wahlbetrug

Im privaten Nachrichtenkanal Globovision erklärt unterdessen Manuel Rosales wie die Opposition dafür sorgen will, dass es am Sonntag nicht zum Wahlbetrug – fraude – kommen kann: Sie hat ein enges Netz von eigenen Wahlbeobachtern geknüpft, die ihre Ergebnisse an die Parteizentrale weitergeben sollen, um so zu versuchen, die Ergebnisse des nationalen Wahlrates (CNE), der mit drei Chavistas besetzt ist, zu verifizieren.

Noch immer leidet die Opposition unter der Trauma des gescheiterten Referendums zur Abberufung des Präsidenten im August 2004 und glaubt weiterhin an einen kolossalen Wahlbetrug, den Chávez durch eine Manipulation der elektronischen Wahlmaschinen inszeniert haben soll. Allerdings attestierten damals internationale Wahlbeobachter Chávez einen sauberen Wahlprozess.

Für Umfragespezialisten, die, wenn sie der Opposition nahe stehen, ausdrücklich nicht mehr genannt werden wollen, steht aber fest, dass unter einem großen Teil der Bevölkerung die Angst umgeht vor einem Manipulationsversuch der Wahlen. Dazu trägt auch bei, dass die Leute, die durch eine Unterschriftenliste das Abberufungsreferendum möglich machten, noch immer Nachteile erfahren, denn in der sogenannten „Lista Tascon“ stehen ihre Namen und Personalausweisnummer.

Für die Opposition ist deshalb die alles entscheidende Frage, ob nicht nur der harte Kern ihrer Anhängerschaft zu den Wahlen geht, sondern auch die wachsende Zahl die Menschen, die Chávez und sein Regime kritisch sehen. Rosales wichtigster Slogan ist deshalb auch „Atrevete“ – trau dich doch.

Vor drei Monaten schien alles klar

Noch vor drei Monaten schien die Wiederwahl von Chávez klar: Alle Meinungsumfragen sahen ihn weit vor Rosales. Dass und wie dieser dann aufgeholt hat, ist das eigentlich Bemerkenswerte. Dem ehemaligen Bürgermeister der Wirtschaftsmetropole Maracaibo und Gouverneur des Bundesstaates Zulia, aus dem rund drei Viertel des in Venezuela geförderten Erdöls stammen, gelang es, die bis dahin heillos

zerstrittene Opposition zusammenzuschweißen.

Allerdings ist fraglich, wie er überhaupt regieren könnte, sollte ihm am Sonntag ein Wahlsieg gelingen: Die Opposition hat keinen einzigen Abgeordneten mehr im Parlament und stellt nur noch zwei der 26 Gouverneure. Für Monsignore Roberto Lückert hat sie diesmal dennoch Chancen. Der stellvertretende Vorsitzende der venezolanischen Bischofskonferenz (CEN) glaubt, dass der zehnfache Vater Rosales die traditionellen Werte der Bevölkerungsmehrheit viel besser repräsentiere als Chávez. Ihn erschreckt der immer radikaler werdende politische Diskurs des Präsidenten: „Chávez reißt Venezuela in den Abgrund der totalen Polarisierung und versetzt die, die anders denken als er, damit in Angst und Schrecken“.

Lückert sieht im Übrigen mit Skepsis den Versuch des Regimes, durch eine neue Schulpolitik noch mehr Einfluss auf die Erziehung zu nehmen. Damit steht die katholische Kirche aber nicht allein: Auch an der deutschen Schule in Caracas ist man darüber bestürzt. Eine Lehrerin mit großer Erfahrung an verschiedenen Auslandsschulen erklärt, dass das neue Gesetz, das Kindern gestattet, Lehrer wegen angeblicher Inkompetenz anzuklagen (Lopna), der Denunziation Tür und Tor öffne: „Damit erzieht man Kinder zu Kriminellen“. Per Gesetz ist den Schulen nun auch verboten, schlechte Schüler nicht zu versetzen: „Das fördert den Niveauverlust und genau der ist gewollt“.

Ihr Hausmädchen wohnt in Petare, einem Stadtteil mit besonders hohem Anteil an armer Bevölkerung. Allein in der letzten Woche hat sie miterlebt, wie vier mal Leute direkt neben ihr dort erschossen worden sind. In ihrer Nähe steht ein Posten des staatlichen Gesundheitsprogramm „Barrio Adentro“. Tausende von kubanischen Ärzten sind bei dieser Initiative „drinnen im Viertel“ tätig. Andere sind als Lehrer beschäftigt und ein nicht unerheblicher Teil der Leibwache des Präsidenten kommt aus Kuba: Seit dem gescheiterten Putschversuch vom April 2002, als ein Teile des Heeres versuchte, Chávez zu stürzen, misstraut dieser seinen eigenen Leuten.

Milliardenhilfe für Kuba

Der Wirtschaftsfachmann Klaus Schaeffler glaubt, dass die venezolanische Hilfe an Kuba dieses Jahr 2,5 Milliarden Dollar ausmachen wird. Insgesamt schätzt er, dass Chávez seit seinem Regierungsantritt 1999 insgesamt fast 26 Milliarden Dollar an Hilfe für „befreundete“ Regierungen ausgegeben hat. Viele Venezolaner sehen das kritisch, schließlich ist die Armut im Lande weiterhin groß.

Rosales hat geschickt verstanden, dies für sich zu nutzen: Er bietet jedem eine, die Grundversorgung sichernde Finanzierungskarte an, die - in Anspielung auf das Öl - „mi negra“, meine Schwarze, heißt. Die Finanzierung dieser schwarzen Karten, auf die etwa 2,5 Millionen Venezolaner anrecht hätten, will er zum einen durch die Ölerlöse finanzieren und zum anderen durch die Einstellung der Unterstützungszahlungen an Kuba und andere Länder.

Auf jeden Fall hat sich Rosales, der eher bescheiden und bieder wirkt, durch diesen populistischen Geniestreich viel Sympathie in den vom Regime begünstigten ärmeren Bevölkerungsschichten erworben, die Chávez bisher immer als sein ureigenstes Wählerreservoir betrachtete. „Mi negra“ zeigt aber auch, dass die Opposition erkannt hat, dass sie nur noch eine Chance haben kann, wenn sie die sozialen Errungenschaften, die Chávez der armen Bevölkerungsmehrheit versprochen und zum Teil auch gebracht hat, beibehält.

Die Ausstrahlung einer heimlich aufgenommenen Aufzeichnung eines Treffens des Obersten Chefs der staatlichen Ölfirma PSVSA mit engsten Mitarbeitern enthüllte vor kurzem noch ein weiteres Steuerungselement des Regimes: Rafael Ramirez bekräftigte unverblümt, dass sich jeder bereichern dürfe, so viel er wolle; klar sei aber auch, dass jegliche Kritik an der Regierung untersagt sei, „sonst schlagen wir zu“.

Artikel erschienen am 01.12.2006

[Artikel drucken](#)

WELT.de 1995 - 2006